



Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat während des Parteitags der Kreis-CDU vor hybriden Bedrohungen und Spionage gewarnt. Foto: Markus Kilian

Klöckner zu Putin: Situation ernster als wir glauben

Appell für mehr Wachsamkeit in Bretzenheim – Experte warnt vor unsichtbaren Gefahren durch Desinformation – Martin wirbt fürs Kurbelradio

Von Markus Kilian

Bretzenheim. Im Zuge des Parteitags der Bad Kreuznacher Kreis-CDU in Bretzenheim hat die heimische Bundestagsabgeordnete und Bundestagspräsidentin Julia Klöckner vor mutmaßlicher russischer Spionage gewarnt. Kernthema des Parteitags war die innere Sicherheit. Wie die 53-Jährige den gut 100 Besucherinnen in der Kronenberghalle schilderte, gebe es in der Bundesregierung auffällig viele Anfragen von AfD und Linke, wo es etwa um Knotenpunkte der Infrastruktur, Lage von Rechenzentren sowie Waffendepots gehe.

„Die Anfragen der Bundesregierung von ganz links und rechts sind Angriffe auf unser funktionierendes System“, sagte Klöckner und betonte: „Als Bundestagspräsidentin bin ich Hüterin des parlamentarischen Fragerechts, aber ich sehe mich auch als Hüterin der deutschen Interessen.“ Klöckner warnte, Russlands Präsident Vladimir Putin könne über Verbindungen so an wichtige Informationen kommen. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist das Verhältnis zwischen Europa und Russland stark angespannt. „Ich mache keine Panik, aber die Situation ist ernster, als wir manchmal glauben“, meint Klöckner.

Die Christdemokratin spannte so den Bogen von der internationalen Gemengelage zu Zivilschutz und hybriden Bedrohungen in Rheinland-Pfalz, die Dirk Herber, Staatssekretär des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, in einer Rede skizzierte. Sein zentraler Punkt: „Der Staat muss funktionieren – gerade dann, wenn es schwierig wird.“

Zugleich appellierte der ehemalige Polizeibeamte an die Bürger: „Eigenvorsorge und staatliche Handlungsfähigkeit gehören unabdingbar zusammen.“ Wer also für sich selbst in gesundem Maße vorsorgt, wendet sich demnach nicht vom Staat ab, sondern entlastet ihn. Behördliche Maßnahmen ergänzten die Selbstversorgung. „Das sind keine Prepper-Fantasien, das ist gesunder Menschenverstand. Wir haben auch Rauchmelder, ohne damit zu rechnen, dass es brennt.“

Doch was sind überhaupt hybride Bedrohungen? Dazu zählen unter anderem (Cyber-)Spionage, Sabotage und das gezielte Streuen von Desinformationen. Die koordinierten Einsätze verschiedener militärischer und nichtmilitärischer Mittel verstärken sich gegenseitig, überschreiten dabei aber nie die Schwelle eines gewaltsamen Konflikts.

Die Grenzen zwischen Frieden und Krieg, innerer und äußerer Sicherheit, zwischen technischem Defekt und Sabotage verschwimmen, wie Herber weiter ausführt, der gleichzeitig unterstreicht: „Wir beschreiben die Gefahr nicht, um Angst zu erzeugen, sondern um handlungsfähig zu bleiben.“ Als Behörde – unabhängig auf welcher Ebene – sei es wichtig, dafür zu sorgen, dass die Schnittstellen im föderalen Staat funktionieren, betonte Herber mit Verweis auf den Operationsplan Deutschland. Der Gesamtverteidigungsplan soll die Republik auf den Ernstfall, eine Krise oder einen Krieg vorbereiten. „Ich will eine Gesellschaft, die aufmerksam, vorbereitet und zuversichtlich ist“, so der Staatssekretär. CDU-Kreisvorsitzender Helmut Martin empfahl daraufhin, sich schleunigst ein Kurbelradio anzuschaffen – und erntete dafür das ein oder andere Kichern aus den Besucherreihen. „Ja, anfangs habe ich auch darüber gelacht“, konterte er, „aber inzwischen habe ich eins.“ Mit dem Gerät soll man auch im Falle eines längeren Stromausfalls informiert bleiben können.

Der Justizminister aus Bad Kreuznach nutzte den Parteitag in der Kronenberghalle nicht nur, um über innere Sicherheit zu sprechen, sondern auch für einen Rückblick auf das Parteijahr. „Dieser Kreisverband hat sehr erfolgreich Wahlen bestritten und Wahlen gewonnen, und das setzt sich auch fort“, bilanzierte er etwa mit Blick auf die Landtagswahl. Man könne sich auf die Christdemokraten verlassen. Landrätin Bettina Dickes warb mit Blick nach Berlin unter anderem dafür, Bundeskanzler Friedrich Merz und der Bundes-CDU den Rücken zu stärken.